



Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation

14. Sitzung (öffentlich)

11. Dezember 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:25 Uhr

Vorsitz: Daniela Jansen (SPD)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkt:

Oranje Huis – auch ein Konzept für NRW?

– Hinzuziehung von Sachverständigen –

Organisationen/Verbände	Sachverständige	Stellungnahmen	Seiten
LAG Autonomer Frauenhäuser NRW	Ulrike Röhr	16/1310	3, 19, 27, 28
LAG autonomer Frauen-Notrufe in NRW	Etta Hallenga	16/1306	4, 21
Dachverband der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e. V.	Janne Gronen	--/--	6, 22, 27
NetzwerkBüro Frauen und Mädchen mit Behinderung/chronischer Erkrankung NRW	Monika Pelkmann	16/1289	7, 29
	Gertrud Servos		29
Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e. V.	Andrea Becker	16/1298	9, 24, 28
hexenHAUS Espelkamp	Miriam Stock	16/1304	11, 23
Der Paritätische NRW	Iris Pallmann	16/1305	14, 23, 27, 29

Weitere Stellungnahmen	
Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Bielefeld e. V.	16/1303
LAG kommunaler Frauenbüros/Gleichstellungsstellen NRW	16/1308
man-o-mann männerberatung, Bielefeld	16/1210

Oranje Huis – auch ein Konzept für NRW?

– Hinzuziehung von Sachverständigen –

Vorsitzende Daniela Jansen: Wir haben uns gemeinsam als Ausschuss dazu entschlossen, ein Sachverständigengespräch zu diesem Thema einzuberufen. Herzlichen Dank an die Damen Sachverständigen – in diesem Fall sind es nur Damen –, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind. Auch herzlichen Dank für die Übermittlung der schriftlichen Stellungnahmen, die wir bekommen haben.

Ulrike Röhr (LAG Autonomer Frauenhäuser NRW): Sehr geehrte Damen und Herren, zunächst einen guten Tag. Sie fragen: Oranje Huis – auch ein Konzept für NRW? – Die Antwort der LAG Autonomer Frauenhäuser lautet: Nicht zu diesem Zeitpunkt, für uns haben andere Ziele Priorität.

Zur Begründung: Allen Einrichtungen, die in NRW unmittelbar zu den Themen „Gewalt gegen Frauen“ und „häusliche Gewalt“ arbeiten, ist gemein, dass sie unzureichend ausgestattet sind. Ihre Finanzierung erlaubt keine Planungssicherheit. Auf dieser Grundlage können nicht alle betroffenen Frauen und Kinder erreicht und angemessen unterstützt werden. Der Zugang zu Frauenhäusern bleibt derzeit vielen gewaltbetroffenen Frauen in NRW versperrt, wie beispielsweise Frauen mit Behinderung, psychischen Erkrankungen, Suchterkrankungen oder Frauen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus.

Mit der Frage nach der Einbeziehung eines systemischen Ansatzes in die Frauenhausarbeit nach dem Modell des Oranje Huis wird nun gleichzeitig die Frage nach einer konzeptionellen Veränderung und Erweiterung des Angebotes gestellt. Die Niederlande bieten seit vielen Jahren ein umfassendes System differenzierter Unterstützungsangebote für gewaltbetroffene Frauen und Kinder an. Die Bekämpfung häuslicher Gewalt hat in den Niederlanden nationale politische Priorität. Das Justizministerium ist für die Koordination einer umfassenden Strategie verantwortlich, an der nicht nur Frauenhäuser, sondern auch soziale Dienste, Gesundheits- und Kindereinrichtungen beteiligt sind.

Zum Vergleich: NRW hat ca. 1 Million Einwohner mehr als die Niederlande. Aber: Die Niederlande halten 1.608 Plätze für Frauen in Frauenhäusern vor, in NRW sind es ca. 620 Plätze. Im Jahr 2011 wurden in den Niederlanden 11.000 Frauen in Frauenhäusern aufgenommen, in NRW 4.254. Der Etat, der den Frauenhäusern in den Niederlanden zur Verfügung steht, beträgt 108 Millionen €. In NRW beträgt der Landesetat für die Frauenhäuser 8 Millionen €.

Das Oranje Huis wurde 2011 eröffnet. Es ist das einzige von 96 Häusern in den Niederlanden, welches gewaltbetroffenen Frauen und Kindern unmittelbar nach der Aufnahme im Frauenhaus eine systemische Familienberatung anbietet, die den gewalttätigen Partner mit einbezieht. Eine wissenschaftliche Evaluation der Wirksamkeit und Nachhaltigkeit des Konzepts liegt bis heute nicht vor.

Voraussetzung für das Oranje-Huis-Konzept ist eine abgestimmte Gefährdungsanalyse. Die hierfür notwendigen Instrumente sind in NRW bisher nicht systematisch mit allen Beteiligten – Frauenhäusern, Frauenberatungsstellen, Polizei, Justiz, Jugendhilfe – abgestimmt.

Die Studie von Prof. Dr. Luise Greuel für NRW hat ergeben, dass die vorhandenen Instrumente nicht geeignet sind, das Risiko für Tötungsdelikte zu erkennen. Ihre Untersuchung bestätigt, dass die Zeit, die auf die Trennung folgt, die gefährlichste Zeit für eine Frau ist.

In jedem Fall müsste nach wie vor in jeder Region mindestens ein Frauenhaus mit hohen Sicherheitsstandards verfügbar sein. In den Niederlanden gibt es neben den Frauenhäusern mit anonymer Adresse auch noch Frauenhäuser mit ganz besonders hohem Sicherheitsstandard.

Wenn wir davon ausgehen, dass systemische Familienberatung für einen Teil der gewaltbetroffenen Familien unter den oben genannten Bedingungen sinnvoll sein kann, stellt sich die Frage, wo dieses Angebot unter Berücksichtigung der Strukturen in NRW verortet werden sollte: Bei den Frauenberatungsstellen, die viel häufiger als Frauenhäuser mit gewaltbetroffenen Frauen konfrontiert sind, die sich nicht trennen wollen? Bei den Täterarbeitseinrichtungen, die ohnehin mit den Männern arbeiten? Oder bei den Frauenhäusern, die dafür ihre Anonymität aufgeben müssten? – Auch eine enge Kooperation aller Beteiligten wäre denkbar und sinnvoll, scheitert aber derzeit an den Ressourcen.

Die LAG Autonome Frauenhäuser sieht zurzeit einen anderen dringenden Handlungsbedarf in NRW, der sich gerade im Vergleich mit den Niederlanden aufdrängt: Wir brauchen einen quantitativen und qualitativen Ausbau der bereits bestehenden Frauenunterstützungseinrichtungen, unter anderem ein Landesfinanzierungsgesetz für Frauenhäuser. Die Steuerungskompetenz des Landes Nordrhein-Westfalen sollte unseres Erachtens nach in der Weise ausgeübt werden, dass ein Gesamtkonzept zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt entwickelt wird, an dem neben den Unterstützungseinrichtungen auch alle Ministerien beteiligt sind.

Abschließen möchte ich mit einem Zitat von Prof. Dr. Stephan Rixen, das gleichzeitig ein Appell ist: Die politische Brisanz des Themas „häusliche Gewalt“ wird zu schnell durch allerlei rhetorische Ablenkungsmanöver unsichtbar gemacht. Wen der Verweis auf Sachzwänge und die angeblich leeren Kassen nicht überzeugt, zeigt eigentlich nur, dass seine beziehungsweise ihre Urteilskraft noch funktioniert. Solange die Frauen, die im gegenwärtigen politischen Betrieb auf Bundes- und Landesebene Verantwortung tragen, das Thema nicht zur Cheffinnensache machen – als Kanzlerin, als Ministerpräsidentin, als Ministerin –, so lange wird sich substantiell nichts ändern.

Etta Hallenga (LAG autonomer Frauen-Notrufe in NRW): Sehr geehrte Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich denke, viele Sachen sind schon gesagt worden, die wir als LAG autonomer Frauen-Notrufe auch unterstützen.

Wir, die LAG autonomer Frauen-Notrufe, sind ein Zusammenschluss von Fraueneinrichtungen, die schwerpunktmäßig zum Thema „sexualisierte Gewalt“, sprich Verge-

waltung gegen Frauen und Mädchen, arbeiten. Wir müssen immer den Spagat schaffen, die bewährten Angebote zu erhalten und gleichzeitig neue Entwicklungen aufzugreifen, wie zum Beispiel besondere Bedarfe von einzelnen Zielgruppen oder auch besondere Gewaltformen wie Cyber-Stalking, K.-o.-Tropfen etc. Das ist nicht immer einfach, wird aber mit beherztem Engagement für das gemeinsame Ziel geleistet: ein gewaltfreies Leben für alle, frei von sexualisierter Gewalt und frei von häuslicher Gewalt.

Das Konzept „Oranje Huis“ ist ein solch neuer Ansatz, den wir als Erweiterung – ich betone: Erweiterung – der bereits existierenden Einrichtungen und Angebote zu häuslicher Gewalt ansehen, wenn bestehende ausreichende finanzielle Mittel entsprechend zur Verfügung stehen.

Ich kürze das Ganze ab, da Sie ja die Stellungnahme von uns LAG autonomer Frauen-Notrufe schriftlich nachlesen können. Dennoch greife ich bestimmte Aspekte aus dem Konzept „Oranje Huis“ heraus:

Es ist zielführend, dass es eine lokale, niedrighschwellige und bekannte Anlaufstelle für alle Betroffenen sowie Beteiligten von häuslicher und sexualisierter Gewalt gibt. Die anschließende maßgeschneiderte Hilfe für alle kann so qualifiziert eingeleitet werden. Beneidenswert gut ist, dass die Kontaktstelle täglich rund um die Uhr professionell besetzt ist.

Grundlage für die passgenauen Hilfsangebote bei unterschiedlichen Gefährdungsgraden ist im Oranje Huis das standardisierte Risikoscreening. In Düsseldorf haben wir nach dieser niederländischen Version ein entsprechendes Verfahren entwickelt. Unsere eigenen Erfahrungen bestätigen, dass ein solch standardisiertes Vorgehen zur Gefährdungseinschätzung die Beraterinnen entlasten kann und gleichzeitig eine gute Basis für die Zusammenarbeit aller Akteurinnen schafft.

Ebenso versuchen wir aktuell einen weiteren guten Ansatz aus den Niederlanden in Düsseldorf umzusetzen. In vielen Städten und Regionen in den Niederlanden – das gehört auch zu dem Konzept des Oranje Huis – gibt es das Angebot AWARE. Auch im Oranje Huis bildet AWARE einen wichtigen Baustein im Rahmen der maßgeschneiderten Hilfe für alle. Dieses Projekt zielt darauf ab, gefährdete Frauen außerhalb oder nach Verlassen des Frauenhauses besser abzusichern. Sie erhalten dazu ein Alarmierungsgerät, mit dem sie im Notfall unverzüglich polizeiliche Hilfe erhalten. Gleichzeitig werden sie psychosozial begleitet und gestärkt.

Wir begrüßen es sehr, dass im Oranje Huis eine Möglichkeit geschaffen wurde, dem Wunsch vieler Frauen nach einem zukünftig gewaltfreien Zusammenleben mit dem gewalttätigen Partner zu entsprechen. Vorbildlich und unserer Meinung nach unabdingbar ist, dass das Oranje Huis für diese Arbeit mit dem Familien- und Paarsystem professionelle Antigewaltberaterinnen einsetzt.

Eine wichtige Forderung der Fraueninfrastruktur ist das bessere Zusammenwirken von Gewaltschutz und Kindeswohl, ohne dass das eine Interesse hinter dem anderen zurückfällt. Neben notwendigen gesetzlichen Regelungen kann dieses Arbeitsfeld des Oranje Huis vielleicht für die praktische Arbeit einen guten Ansatz liefern.

Das Oranje Huis stellt einen neuen, vielleicht wegweisenden Ansatz zum Ausbau der Hilfe bei häuslicher und sexualisierter Gewalt dar. Die Vielfalt der Interventionsstrategien und Hilfsangebote ist eindrucklich, die Zentralisierung allerdings nicht grundsätzlich zielführend. Dieses Konzept ist sicherlich auch deshalb so erfolgversprechend, weil Praktikerinnen aus der Frauenunterstützung die Entwicklung maßgeblich vorangetrieben haben und die Umsetzung gestalten.

Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter und entsprechend sind vielfältige Angebote nötig, um passgenaue effektive Hilfe zu leisten und letztendlich Gewalt zu verhindern. Dies bedarf der finanziellen Unterstützung.

Janne Gronen (Dachverband der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e. V.): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle ganz herzlich. Ich konnte Ihnen in der Kürze der Zeit – wir wurden ein wenig verspätet eingeladen – keine schriftliche Stellungnahme des Dachverbandes der autonomen Frauenberatungsstellen mitbringen, habe aber fleißig die Stellungnahmen meiner Kolleginnen gelesen, die ich vom Inhaltlichen her sehr unterstreichen kann. Ich finde sie ganz hervorragend. Ich war so frei, einfach ein paar Gedanken mitzubringen, die ich zu dem Konzept des Oranje Huis und auch zu unserer Situation in Nordrhein-Westfalen habe.

Ich kann sagen, dass das Konzept des Oranje Huis ganz hervorragend ist und ganz hervorragend für die Niederlande passt. Ich möchte aber wirklich davor warnen, es als das allein Seligmachende zu sehen.

Ich denke, wir haben in Nordrhein-Westfalen über Jahrzehnte gewachsene Strukturen, die Ausdruck dessen sind, wie es in unserem Land, aber auch in der Bundesrepublik aussieht. Die Strukturen sagen aber auch viel darüber aus, wie unsere Haltungen zu dem Thema sind.

Ich kenne die Situation in den Niederlanden: Dort ist seit vielen Jahren die Finanzierung ganz anders gesichert und auf andere Füße gestellt. In den Niederlanden gibt es ein anderes Gewaltschutzgesetz; noch nicht so lange wie bei uns, aber es ist in vielen Punkten anders, ohne das im Einzelnen aufzugreifen. Ich glaube, dass wir dem Rechnung tragen müssen, die Strukturen, die wir hier haben, gut weiterzuentwickeln.

Meine Vorrednerinnen haben schon von der gesicherten und bedarfsgerechten Finanzierung gesprochen. Dem kann ich mich uneingeschränkt anschließen.

Ich denke, dass sich unsere andere Haltung zum Thema „Gewalt gegen Frauen“ auch in der nicht so abgesicherten Finanzierung ausdrückt. Wenn Sie aufmerksam immer wieder den Medien lauschen und dem, was man manchmal auf der Straße hört, dann wissen Sie, dass die Haltung in den Köpfen ein Stück weit eine andere ist als in den Niederlanden. Das finde ich ganz wichtig zu berücksichtigen.

Ich denke auch, dass es ein Gesamtkonzept gegen häusliche Gewalt geben muss: Unterstützungseinrichtungen für alle Frauen.

Ich denke, dass wir uns als Frauenberatungsstellen immer wieder auch den Notwendigkeiten der Weiterentwicklung gestellt haben. Nicht zuletzt ist das durch verschiedene Änderungen der Gesetze geschehen, aber auch, weil sich die Belange unseres Klientels immer wieder geändert haben. Da kann man nicht 30 Jahre lang die gleiche Arbeit machen.

Hinsichtlich der Finanzierung ist mir sehr wohl bewusst, dass NRW ein schweres Los und nicht viel Geld übrig hat.

Allerdings stieß ich gestern in der Zeitung auf ein Zitat, das ich Ihnen gerne vortragen möchte. Es ging um eine Wirtschaftskonferenz, bei der nur Männer zugegen waren, die angeregt über Weiterentwicklungen in der Wirtschaft diskutiert haben. Dort hat ein Herr Reza Vaziri, Vorsitzender der Geschäftsführung von 3M Deutschland, gesagt: In den USA verwenden Unternehmer ihre Energie dazu, zu schauen, wie auch ein unmöglich erscheinendes Ziel doch erreicht werden kann, statt immer wieder das Ziel infrage zu stellen. – Ich denke, das lässt sich auf unser Thema „Gewalt gegen Frauen“ gut übertragen.

Monika Pelkmann (NetzwerkBüro Frauen und Mädchen mit Behinderung/chronischer Erkrankung NRW): Erst einmal allen Anwesenden einen guten Tag und herzlichen Dank für die Einladung, die Belange von Frauen mit Behinderung darzustellen.

Frauen und Mädchen mit Behinderung sind in erster Linie Frauen. Das einzige, was sie unterscheidet – was dennoch sehr wesentlich ist –, sind ihre sehr viel prekäreren Lebenssituationen.

Ergebnisse eines Projekts der LAG Selbsthilfe und des NetzwerkBüros zum Thema „Depressionen“ haben gezeigt, dass die vielfältigen stresserzeugenden Belastungen im Leben von Frauen mit Behinderung auch eine erhöhte Vulnerabilität für depressive und andere psychische Erkrankungen erzeugen können. Die erste bundesweite repräsentative Studie der Uni Bielefeld hat eindrücklich belegt, wie viel häufiger und vielfältiger Frauen und Mädchen von Gewalt betroffen sind, die eine Behinderung haben.

Nicht unerwähnt bleiben sollte die Tatsache, dass Frauen mit Behinderung sehr unterschiedliche und multiple Problemlagen, auch multiple Stigmatisierungen und damit sehr unterschiedlichen Unterstützungsbedarf aufweisen. Da gibt es vielfältige Überschneidungen und Wechselwirkungen zwischen Behinderung, Alter, Krankheit, Migrationshintergrund, Sprachbarrieren, sozialem Status und Isolation.

Die UN-BRK ist der rechtliche Rahmen für die Notwendigkeit, Angebote für alle Frauen zu schaffen, in allen Lebensbereichen, hier besonders im Bereich „Gewaltenschutz“. So haben Frauen mit Behinderung im Sinne der UN-BRK das Recht auf bestmögliche Unterstützung und umfassende Hilfen nach Gewalt. Dazu gehören auch solche besonderen Angebote, die das Oranje-Huis-Konzept vorsieht, und in diesem Zusammenhang maßgeschneiderte individuelle Hilfsmaßnahmen, die für Frauen mit Behinderung besonders wichtig sind wegen dieser vielfältigen Problemla-

gen. Auch in Bezug auf das Oranje-Huis-Konzept gilt die politische Forderung, die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention einzufordern und mitzugestalten.

Dennoch gibt es keine Inklusion ohne entsprechende finanzielle und personelle Ressourcen für bedarfsgerechte barrierefreie Angebote. Inklusion zum Nulltarif ist eine Illusion. Das wissen wir alle. Wenn nicht die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, wird die Umsetzung des Konzeptes den ohnehin überforderten Frauenhausstrukturen überlassen.

Für das NetzwerkBüro als Koordinationsstelle für die Bedarfe behinderter Frauen in NRW ist es also zunächst wichtig, Frauenhäuser im Land flächendeckend, einheitlich und grundlegend so mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet zu wissen, dass sie ihrer Inklusionsaufgabe gerecht werden können.

Wir freuen uns sehr über die Öffnung von vielen, vielen Frauenberatungsstellen und Frauennotrufen für die Belange behinderter Frauen. Da ist im Moment sehr viel im Umbruch.

Die Frage nach einer Übertragbarkeit des Oranje-Huis-Konzeptes ist für uns im Moment eher zweitrangig. Die Differenzierung unterschiedlicher Gefährdungslagen mit der Konsequenz der Möglichkeit offen gestalteter Bereiche halten wir für die sehr differenzierten Bedürfnislagen von Frauen mit Behinderung für geeignet. Spezialisierte Angebote regionaler Art sind jedoch für Frauen mit Behinderung aufgrund ihrer mangelnden Mobilität weniger hilfreich.

Der systemische Ansatz ist grundsätzlich auch für Frauen mit Behinderung begrüßenswert. Das haben meine Vorrednerinnen alle schon gesagt: Wir müssen bedenken, dass die sozialen Unterstützungssysteme unseres Nachbarlandes ziemlich anders aufgebaut sind und dass wir dieses Konzept nicht unverbunden mit angepassten Strategien auf unsere Infrastruktur übertragen können.

Der Aufwand, den dieses Konzept benötigt, nötige Kooperationen herzustellen, die in den Niederlanden bereits jahrelang bestehen, ist einfach unverhältnismäßig hoch. Auch das ginge wiederum zulasten der Frauenhausmitarbeiterinnen.

Ein Problem, das wir nicht nur durch die Studie entlarvt haben, ist: Bei der Zahl von Frauen mit Behinderung, die gewaltbetroffen sind, gibt es unverhältnismäßig wenige behinderungskundige Therapeutinnen und Therapeuten. Das ist eine große Lücke.

Wir haben vom NetzwerkBüro vor zwei, drei Jahren ein bundesweites Projekt durchführen können. **LAUTERSTARKE FRAUEN** hieß das. Das war im Grunde ein Vernetzungsprojekt. Wir haben festgestellt, dass Gewaltfachfrauen, wie hier viele anwesend sind, nicht gleichzeitig Expertinnen für das Leben mit Behinderung sind, und dass Betroffene als Expertinnen in eigener Sache einzubeziehen sind. Das Projekt hatte als Voraussetzung die Vernetzung für Effektivität sowohl in der Gewaltprävention als auch in der Gewaltintervention als entscheidend befunden.

Daher kann es sich auch lohnen, Stellen für behinderte Fachfrauen zu schaffen. Diesem Beispiel sind schon einige vorangegangen. Nur ist es oft so, dass wenn diese Stelle wegfällt, damit das Thema „behinderte Frauen“ unter Umständen auch wieder in den Hintergrund gerät.

Inklusionsbarrieren bei Frauenhausmitarbeiterinnen sind zum Beispiel Unsicherheit, Überforderungsängste, Vorurteile, Informationsdefizite, Personalabbau, mangelnde finanzielle Ressourcen, Angst vor Unzulänglichkeiten, Angst vor politischer Unkorrektheit oder Angst vor Fettnäpfchen.

Gerade darum finden wir die Vernetzung mit behinderten Fachfrauen und der Behindertenselbsthilfe sehr wichtig, zum Beispiel in Form von gemeinsamen Fachtagungen. An dieser Stelle möchte ich auf den 13. März 2014 hinweisen. An diesem Tag werden wir in Münster eine Kooperationsveranstaltung zum Thema „Gewaltschutz für Frauen und Mädchen mit Behinderung“ durchführen.

Zu den Zugangshindernissen: Da geht es natürlich erst einmal um den Begriff „Barrierefreiheit“, der mehr bedeutet als „rollstuhlgerecht“. Der Behinderungsbegriff ist sehr vielschichtig. Es gibt bereits Erfahrungen mit Frauen mit Beeinträchtigung, wenn auch nur wenige.

Noch einmal: Frauen mit Behinderung sind als Expertinnen für ihre speziellen Bedürfnisse wahr und ernst zu nehmen. Es gibt einige Beispiele guter Praxis, die besucht werden können, so wie Sie es in Alkmaar gemacht haben. Allerdings konnte ich nicht erfahren, inwieweit in Alkmaar Erfahrungen mit behinderten Frauen vorliegen. Das war in der Kürze der Zeit nicht möglich. Das wäre noch herauszubekommen.

Für viele Frauen mit Behinderung ist die Komm-Struktur eine Überforderung, weil Frauen mit Behinderung im Allgemeinen weniger Zugang zu Informationen über Hilfe- und Schutzmöglichkeiten haben als Frauen ohne Behinderung, die sozial gut vernetzt sind.

Bei der Frauensuche wäre eine eindeutige Darstellung der Barrierefreiheit wichtig, zum Beispiel im Netz.

Noch einmal: Ohne entsprechende Ausstattung ist eine Öffnung der Frauenhäuser für externe Unterstützung, Fachkräfte oder Assistenz schwer zu realisieren. Das ist noch einmal ein Extrapunkt.

Die bedeutendsten Handlungsbedarfe zur Umsetzung von Inklusion bestehen aus unserer Sicht in einer flächendeckenden, ausreichenden Absicherung von Unterstützungseinrichtungen, in der konsequenten Weiterentwicklung der Vernetzung und in der Beseitigung von Zugangsbarrieren. Das sind die Hauptprobleme von Frauen mit Behinderung. Das hat für uns eindeutig Priorität.

Es gibt das Projekt „SUSE – sicher und selbstbestimmt“ des Bundesverbands Frauennotrufe und Frauenberatungsstellen.

In Bezug auf die Barrierefreiheit ist fraglich, ob das Konzept des Oranje Huis helfen kann, diese zu erreichen. Das können wir nicht eindeutig bejahen. Das muss die Zukunft zeigen.

Andrea Becker (Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e. V.): Sehr geehrte Frau Jansen! Sehr geehrte Damen! Sehr geehrte Herren! Ich spreche für die diakonischen Frauenhäuser in NRW. Wir haben uns schon seit vielen Jahren mit dem Konzept be-

fasst. Wir selbst waren zweimal in Alkmaar und haben uns alles angeschaut. Am 7. April 2011 fand mit einer Vertreterin des Oranje Huis eine gemeinsame Fachtagung der Frauenhauskonferenz in NRW statt.

Die Kolleginnen aus den Niederlanden beschreiben, dass Auslöser für die Entwicklung des neuen Konzeptes die Beobachtung war, dass viele Bewohnerinnen gar nicht den Wunsch haben, die Beziehung zu beenden, sondern dass es primär um das Ziel geht, die Gewalt zu beenden. Diese Erfahrung können wir teilen. Das zeigen auch die häufigen Aufenthalte der Frauen in verschiedenen Frauenhäusern oder auch dass mehr als die Hälfte unserer Frauen zu ihren Partnern zurückkehren.

Diese veränderte Sichtweise des Konzeptes „Oranje Huis“ auf die Paarbeziehung ist geprägt von einer professionellen systemischen Grundhaltung. Auch wir sind der Meinung, dass die Gewaltproblematik nicht nur aus der Sicht der Frau, sondern auch im Kontext des gesamten Umfeldes gesehen werden muss. Die Zuschreibung, die Frau sei das Opfer und der Mann der Täter, ist aus systemischer Sicht nicht hilfreich und führt zu einer Verhärtung der Fronten statt zu einer ressourcenorientierten Beratungsarbeit, die beide Parteien einbezieht.

Wichtig sind uns auch die Kinder, denn das Frauenhaus ist auch immer ein Haus für Kinder. Sicherlich ist es für viele Mitarbeiterinnen unverständlich, dass die Kinder, obwohl sie Zeugen von häuslicher Gewalt durch den Vater waren, Kontakt zu ihm halten möchten. Für die Kinder stellt der Aufenthalt im Frauenhaus immer wieder einen großen Loyalitätskonflikt dar, da sie sich nach wie vor beiden Elternteilen verbunden fühlen.

Das Oranje Huis löst diesen Konflikt, indem es die Eltern der Kinder in ihren Elternrollen anspricht und sie darüber in die Verantwortung nimmt. Auch wenn die Eltern langfristig getrennt sind, bleiben sie die Eltern des Kindes. Damit ist es auch ihre Verantwortung, sich um das Wohl des Kindes zu kümmern. Mit dem Konzept werden die Probleme für die Kinder reduziert. Es kann verhindert werden, dass aus den Kindern erneut Opfer oder sogar Täter werden.

Das Frauenhaus ist nicht mehr geheim. Es ist ein anderer Teil. Trotz der intensiven Öffentlichkeitsarbeit, die die Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser zum Thema „häusliche Gewalt“ betreiben, bleibt für die Bewohnerinnen und ihre Kinder das Frauenhaus weiterhin ein geheimer Ort.

Das Oranje Huis geht davon aus, dass mit dieser Geheimhaltung das Selbstbewusstsein der Frauen und der Kinder geschwächt wird. Die Frau muss sich mit der Problematik verstecken und kann häufig ihr bisher geführtes soziales Leben nicht weiterführen oder nur sehr eingeschränkt.

Wenn – wie im Oranje Huis umgesetzt – das Frauenhaus ein bekannter und trotzdem geschützter, sicherer Raum ist, wird damit die Problematik häuslicher Gewalt zu einem öffentlichen Thema. Die Bewohnerinnen müssen sich nicht mehr verstecken, sondern können sich selbstbewusster bei der Bearbeitung ihrer Probleme zeigen.

Das Oranje Huis steht als Beratungszentrum für die gesamte Familie mit individuellen Hilfeangeboten zur Verfügung. Das Oranje Huis versteht sich nicht nur als

Schutzeinrichtung für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder, sondern auch als Beratungsstelle für die gesamte Familie. Die Hilfeangebote werden individuell auf die Betroffenen abgestimmt. Das würden wir sehr begrüßen.

Zum Punkt der Parteilichkeit: In vielen Veranstaltungen, die ich in den letzten Jahren besucht habe, ging es darum, was mit unserer feministischen Grundhaltung ist. Die Kolleginnen des Oranje Huis berichten, dass ihre Arbeit nach wie vor von einer feministischen Grundhaltung geprägt ist. Aber sie orientieren sich jetzt verstärkt an den persönlichen Zielen der Frauen. Wenn diese die Gewalt stoppen, aber die Beziehung aufrechterhalten wollen, dann sehen die Kolleginnen es als ihre primäre Aufgabe, die Frauen darin zu unterstützen.

Ist das Oranje Huis auch ein Konzept für NRW? – Wir finden schon, auf jeden Fall, aber natürlich müssen dafür bestimmte Voraussetzungen gegeben sein. Die Mitarbeiterinnen in den Frauenhäusern in NRW sind zunehmend in systemischen Methoden ausgebildet und hochmotiviert, auch bei der Arbeit im Frauenhaus eine systemische Grundhaltung umzusetzen. Das war auch bei der Frauenhauskonferenz in NRW 2013 ein deutliches Statement.

Die Frauenhausmitarbeiterinnen schätzen die Geheimhaltung der Frauenhäuser eher als unrealistisch ein. Die Erfahrung zeigt, dass die Einrichtung, wenn sie längere Zeit am gleichen Ort verbleibt, im Umfeld auch bekannt ist. Die Kolleginnen berichten ebenfalls, dass nicht alle Bewohnerinnen ein massives Schutzangebot benötigen, da nicht immer eine existenzielle Lebensbedrohung vorliegt.

Eine Differenzierung der Frauenhauskonzepte ist daher für die diakonischen Frauenhäuser vorstellbar und wird als notwendig erachtet.

Zwei der diakonischen Frauenhäuser – in einem arbeite ich selbst – werden zum 1. Januar eine externe Beratungsstelle einrichten, um Teile des Konzeptes umsetzen zu können. Dies können wir nur, weil die Aktion Mensch uns für drei Jahre finanziert.

Als notwendige Voraussetzung und Rahmenbedingung für die Umsetzung des Oranje-Huis-Konzeptes in NRW ist ganz klar: Es muss eine erhöhte Personalausstattung vorhanden sein. Das Schutzkonzept des Oranje Huis, zum Beispiel die ständige Besetzung der Rezeption und das intensive Beratungskonzept, benötigt einen höheren Personalschlüssel als die vom Ministerium bewilligten vier Stellen pro Frauenhaus.

Zur Differenzierung von nicht geheimen und geheimen Frauenhäusern: Uns ist völlig klar, dass es nach wie vor sichere Frauenhäuser geben muss. Das sollte so bleiben.

Die differenzierten räumlichen Angebote für eine kurze und langfristige Begleitung oder Beratungsraummöglichkeiten sind in den bisherigen Räumlichkeiten der Frauenhäuser nicht umzusetzen.

Miriam Stock (hexenHAUS Espelkamp): Sehr geehrte Frau Jansen! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bedanke mich zunächst für die Einladung als Sachverständige. Eingeladen wurde die Geschäftsführung unseres Vereins, die heute leider erkrankt ist. Ich bin jetzt recht kurzfristig eingesprungen.

Unser Verein Hilfe für Menschen in Krisensituationen e. V., besser bekannt als das hexenHAUS Espelkamp – das werden einige im Raum schon gehört haben –, setzt sich bereits seit mehr als zwei Jahren in unserem Fachbereich „Schutz und Beratung“ mit dem Konzept der Niederländerinnen auseinander. Wir haben relativ viele Erkenntnisse mit unserer eigenen Praxis abgeglichen. Die Frage nach der Übertragbarkeit hat dabei natürlich auch eine ganz wichtige Rolle gespielt.

Unser Ergebnis dazu ist, dass eine direkte Übernahme des Konzeptes vor dem Hintergrund der aktuellen deutschen Rahmenbedingungen bezogen auf Richtlinien, Finanzierung, Vernetzungsstrukturen etc. zurzeit nicht möglich ist.

Außerdem bewerten wir nicht alle Aspekte des Konzeptes als unkritisch beziehungsweise mit unseren erprobten Ansätzen kompatibel. Es gibt ja auch gewachsene Strukturen und es passt nicht einfach alles übereinander. Ich habe dazu die wichtigsten Aspekte noch einmal herausgesucht, auch auf die Gefahr hin, dass ich einen Teil dessen, was meine Vorrednerinnen schon beigetragen haben, wiederholen werde. Das lässt sich in so einer Runde einfach nicht ausschließen.

Erstens. Zum Aspekt „sichtbar, aber sicher“: Wir finden es absolut wichtig, das Thema „häusliche Gewalt“ wieder in den Mittelpunkt der Gesellschaft zu rücken. Opfer von Gewalt werden auch gestärkt, wenn sie sich nicht weiter verstecken müssen. Das Stigma „Frauenhaus“ als soziale Randnische wird so aufgelöst und die Frauen, die Opfer von Gewalt werden, müssen sich nicht länger von ihrem gewohnten Umfeld isolieren. Positive soziale Kontakte können sogar in das Unterstützungsangebot mit einbezogen werden. Das finden wir absolut begrüßenswert.

Allerdings braucht es für eine öffentliche Adresse oder für ein öffentliches Haus gewisse Voraussetzungen. Dazu gehört ein technisches Sicherheitskonzept für das Frauenhaus im Rahmen von Kameras, Schließsystemen oder Türschleusen. Die Niederländerinnen machen das in der Tat vor, beispielsweise mit der 24-Stunden-Rezeption. Da gehört eine ganze Menge dazu. Ein umfassendes individuelles Risikoscreening für die betroffenen Frauen ist jetzt auch schon mehrfach benannt worden, und zwar angepasst an unsere deutschen Risikofaktoren. Das ist auch nicht alles deckungsgleich. Natürlich sind einige Sachen deckungsgleich, andere aber nicht.

Eine weitere Voraussetzung ist natürlich eine gezielte und gute Kooperation mit der Polizei, sowohl was die Einsatzbereitschaft direkt vor Ort angeht als auch in der individuellen Gefahreinschätzung.

Zu unseren Erfahrungen: Wir haben einen Teil davon über Projektmittel und Spendengelder angestoßen. Gerade die Anschaffung der technischen Ausstattung ist mit hohen einmaligen Kosten verbunden, die absolut nicht aus der laufenden Finanzierung bewerkstelligt werden können.

Zweitens. Der systemische Ansatz in der Arbeit: Der bedarf einer veränderten Haltung der Mitarbeiterinnen und des Umfelds, wenn die bisher gängige Täter-Opfer-Dichotomie aufgelöst werden soll. Hierzu werden qualifizierte Ausbildungen in diesem Bereich notwendig sein oder Kolleginnen, die in dem Bereich schon ausgebildet sind und auch bereit sind, dort ihre Kompetenz einzubringen.

Wir vertreten jedoch auch die Auffassung, dass der systemische Ansatz lediglich eine ergänzende Methode in der Frauenhausarbeit darstellen kann. Dieser Ansatz ist aus unserer Sicht nicht für alle Klientinnen und zu jedem Zeitpunkt des Frauenhausaufenthaltes gleich gut geeignet. In den Häusern muss es im Grunde genommen eine Methodenvielfalt geben, um den individuellen Bedarfen und dem kognitiven Stand der Klientinnen gerecht werden zu können.

Was aus unserer Sicht systemisch betrachtet absolut fehlt, sind starke Kooperationspartnerinnen und -partner aus dem Bereich Männer- und Paarberatung und Täterarbeit. Da klafft bei uns eine ganz große Lücke.

Drittens. Das Kinderkonzept: Kinder als eigene Zielgruppe wahrzunehmen, ist in NRW, glaube ich, nicht ganz neu. Denn in den Richtlinien ist eine Erzieherinnenstelle vorgesehen. Da gibt es in den Frauenhäusern aber sehr unterschiedliche Konzepte.

Ich glaube, wir brauchen spezielle Angebote für alle Altersgruppen, wie beispielsweise ein von der Mutter unabhängiges Aufnahmegespräch, Freizeitangebote oder Betreuungangebote nach Bedarf.

Jedoch ist für uns auch die frühe Anbindung an Regelangebote außerhalb des Frauenhauses erstrebenswert, weil so nach dem Auszug für die Kinder die Abbrüche so gering wie möglich gehalten werden können. Das heißt, wenn die Frauen weiterziehen, dass dann eventuell Kindergartenplatz oder Schule schon gesichert sind.

Kinder in die Hilfe einzubeziehen, wo es angemessen ist – altersgemäß auch angemessen ist –, halten wir auf jeden Fall für eine gute Möglichkeit, um das Thema „Beendigung von Gewalt“ in die Familie zu transportieren und die Eltern in die Verantwortung zu nehmen, ihre Kinder davor zu schützen. Wir glauben, auch in diesem Bereich braucht es zusätzliche Ausbildung für die Mitarbeiterinnen oder zumindest entsprechende zusätzliche Fortbildungen.

Viertens. Die Finanzierung: Aus unserer Sicht liegt hier der besondere Knackpunkt bezogen auf die Übertragbarkeit des niederländischen Konzeptes. Während das Gesamtangebot des Oranje Huis vollständig über staatliche Mittel abgesichert ist, die Polizei sich an der Finanzierung beteiligt und Zuschüsse über den Gesundheitsbereich fließen – in der Regel für Frauen mit psychischer Beeinträchtigung –, haben wir in NRW ganz unterschiedliche Finanzierungsmodelle für ganz unterschiedliche Angebote im frauenunterstützenden Bereich. Besonders die hohen Bürokratiehürden für nachgehende Einzelfallhilfen erschweren das Übergangsmangement im Hilfesystem in NRW. Oft reicht für nachgehende Angebote die erlebte Gewalt als Indikation einfach nicht aus und es muss mehr begründet werden und ist abhängig von Kostenträgern und Einzelfallhilfezusagen.

Fünftens. Die Vernetzung: Das Oranje Huis ist fester Bestandteil der regionalen psychosozialen Versorgung in Alkmaar und der Region. Das gilt für die Zusammenarbeit mit der Polizei, mit dem Jugendamt genauso wie für den Gesundheitsbereich und die Justiz. Sie sind den staatlichen Organen im Hilfesystem gleichgestellt und agieren nicht selten als Herrinnen des Verfahrens. Sie können also auch etwas einfordern von anderen Institutionen. Hier sehen wir auch auf Landesebene durchaus Hand-

lungsbedarf und setzen dabei auf Initialzündungen, unter anderem durch den kommenden Landesaktionsplan.

Es bleibt die Frage: Oranje Huis – auch ein Konzept für NRW? – Deutlich geworden ist in unserer intensiven Auseinandersetzung, dass ohne eine ausreichende Finanzierung sicherzustellen, die Entwicklung der Arbeit der Frauenhäuser in NRW in Richtung Oranje Huis kaum möglich ist. Es entstehen sowohl einmalige als auch laufende Kosten im Anpassungs- und Implementierungsprozess.

Vor dem Hintergrund muss auch berücksichtigt werden, dass der klassische Schutzraum für gewaltbetroffene Frauen und Kinder nur ein Drittel des Konzeptes „Oranje Huis“ ausmacht. Das Angebot in den Niederlanden geht über diesen Schutzraum weit hinaus.

Ich möchte außerdem noch darauf hinweisen, dass trotz intensiver Recherchen bisher kein Nachweis über die Wirksamkeit des Konzeptes zu finden war. Wenn da jemand Informationen hat, hätte ich die gerne. Ich habe sie noch nicht finden können.

Eine objektivierbare Bewertung fällt uns sehr schwer. Wir glauben aber, dass das Oranje Huis gute und innovative Ansätze liefert, die auch für Frauenhäuser in NRW bedenkenswert sein können.

Aus diesem Grund haben wir uns auch als Modellprojekt für das paritätische Konzept „Richtungswechsel“ zur Verfügung gestellt und haben an der Erstellung des Konzeptes mitgearbeitet. Wir sehen darin die Chance, ein innovatives Frauenhausangebot auf den Weg zu bringen, das aber die Strukturen in NRW berücksichtigt.

Iris Pallmann (Der Paritätische NRW): Sehr geehrte Frau Jansen! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Für die Einladung, in diesem Ausschuss als Sachverständige zum Thema „Oranje Huis – auch ein Konzept für NRW?“ zu sprechen, danke ich Ihnen und komme dem sehr gerne nach. Eingeladen bin ich als Vertreterin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband NRW. Im Vorfeld haben wir eine Stellungnahme formuliert. Diese liegt Ihnen vor.

Seit weit mehr als 30 Jahren arbeiten bundesweit Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen erfolgreich in der Unterstützung für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder. Frauenhausarbeit, Arbeit der Frauenberatungsstellen und Einrichtungen gegen sexualisierte Gewalt setzen sich schon seit geraumer Zeit mit den veränderten Bedarfen aktiv auseinander. Sie leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag in der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Dabei sind auch Ansätze, wie sie in benachbarten Ländern erprobt werden, von großem Interesse. Ungeachtet dessen darf allerdings nicht der Finanzierungsaspekt vernachlässigt werden. Die Konzepte und fachlichen Ansätze, die diesen Einrichtungen zugrunde liegen, haben in den vergangenen Jahren durchaus immer wieder Anpassungen und Veränderungen erfahren. Jeder Blick über den berühmten Tellerrand darf jedoch nicht dazu führen, dass die vorhandene gewachsene Struktur und deren Entwicklungsgeschichte aus dem Blick geraten. Eine Auseinandersetzung mit anderen Ansätzen und Konzepten muss sich immer auch da bewähren, wo dieser Ansatz erprobt beziehungsweise umgesetzt werden soll.

Im Paritätischen NRW befinden sich gegenwärtig 49 Frauenberatungsstellen, Einrichtungen gegen sexualisierte Gewalt und spezialisierte Beratungsstellen und 17 Frauenhäuser.

In den vergangenen 36 Jahren ist es in Deutschland nicht gelungen, eine einheitliche, verbindliche, abgesicherte und bedarfsgerechte Finanzierung der Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen und Einrichtungen gegen sexualisierte Gewalt zu erreichen. Noch immer erfolgt die Finanzierung dieser unverzichtbaren Infrastruktur auf der Basis sogenannter freiwilliger Leistungen. Auch mit Blick auf die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung ist der Ausbau eines inklusiven Hilfe- und Unterstützungsangebotes unumgänglich. Doch bisher fehlt ein flächendeckender niedrigschwelliger und barrierefreier Zugang zu Beratung und Schutz.

Der Paritätische Gesamtverband hat aus diesem Grund ganz aktuell bundesweite paritätische Standards für die notwendige Ausstattung und fachliche Arbeit von Frauenhäusern formuliert.

Außerdem möchte ich an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, dass es noch immer von Gewalt betroffene Frauen gibt, die aufgrund einer fehlenden einheitlichen gesetzlichen Regelung, unzureichender Finanzierung und mangelhafter flächendeckender Versorgung mit Frauenhäusern weder Schutz noch Hilfe erhalten können.

Der Paritätische NRW hat sich bereits im Jahr 2011 eingehend mit dem Konzept des Oranje Huis beschäftigt und sich vor Ort über die Rahmenbedingungen und die Umsetzung dieses Angebotes informiert.

In Bezug auf das niederländische Modell des Oranje Huis wurde schnell deutlich, dass für die Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen in NRW keine Eins-zu-eins-Umsetzung aufgrund der unterschiedlichen Rahmenbedingungen in der Finanzierung der Einrichtungen im Vergleich zu Deutschland möglich ist.

Trotzdem wurde deutlich, dass das inhaltliche Konzept des Oranje Huis eine gute Grundlage für die weitere konzeptionelle Arbeit darstellt. Es müssen aber immer auch die vorhandenen deutschen Erfahrungen und Bedingungen in jeder konzeptionellen Entwicklung neuer Ansätze Berücksichtigung finden.

Aus diesem Grund haben wir uns in Kooperation mit dem Paritätischen Gesamtverband auf den Weg gemacht und ein Konzept erstellt, das modellhaft an zwei Standorten in NRW ab 2014 erprobt wird. Hier handelt es sich um die Standorte Frauenforum Unna und hexenHAUS Espelkamp.

Mit dem Pilotprojekt „Richtungswechsel – sichtbar, sicher und selbstbestimmt“ soll ein innovativer Beitrag zur Fort- und Weiterentwicklung der Frauenhaus- sowie Frauenberatungsstellenarbeit in NRW geleistet werden. Das oberste Ziel ist die nachhaltige Beendigung von Gewalt.

Die langjährige Erfahrung in der Arbeit mit von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen zeigt, dass sich der Unterstützungsbedarf in den letzten Jahren verändert hat und dass zur dauerhaften Beendigung der Gewaltsituation sowie zur Realisierung einer

selbstbestimmten Lebensgestaltung Angebote über die Basisleistungen des Frauenhauses hinaus erforderlich sind.

Nun zu dem Konzept: Durch Modifikation, Verbindung und Erweiterung der bisherigen Frauenhaus- und Frauenberatungsstellenarbeit sind Angebote entstanden, die Frauen in ihrem gesamten Lebenskontext systemisch in den Blick nehmen und sie darin unterstützen, möglichst über die Phase des Frauenhausaufenthaltes und der Beratung durch die Frauenberatung hinaus selbstwirksam eine selbstbestimmende gewaltfreie Lebensgestaltung zu realisieren.

Im Gegensatz zum Oranje Huis basieren bei diesem Konzept die Zusammenarbeit und der Einbezug des Umfeldes grundsätzlich auf der freien Entscheidung der Frau. Der frauenspezifische Ansatz und die damit verbundene Parteilichkeit haben sich unserem Votum nach bewährt und dürfen nicht aufgegeben werden.

Folgende Aspekte finden in dem Konzept Berücksichtigung: der systemische Ansatz, das sichtbare und sichere Frauenhaus – dazu gehört natürlich das Sicherheitskonzept und auch die Gefährdungsanalyse –, Kooperation und Vernetzung – intern wie auch extern –, Supervision und Fortbildung.

Das Modellprojekt wird ab 2014 über das Deutsche Hilfswerk mit Personal- und Sachkosten für drei Jahre finanziert und wurde seitens des MGEPA positiv bewertet. Eine Finanzierung für die wissenschaftliche Begleitung der beiden Modellorganisationen wird angestrebt.

Um Schutz, Hilfe und Unterstützung für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder zu gewährleisten, fordert Der Paritätische NRW einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder. Schutz und Hilfe müssen unabhängig von Einkommen, Aufenthaltstitel, Herkunftsort, gesundheitlicher Einschränkung oder Behinderung der betroffenen Frauen und deren Kinder gewährleistet werden und eine verbindliche, bedarfsgerechte und einzelfallunabhängige Finanzierung des Hilfe- und Unterstützungssystems.

Außerdem sehen wir den Bedarf einer Schnittstellenklärung und einer ressortübergreifenden Einbindung der Ministerien. Denn Gewalt ist ein Querschnittsthema und erfordert den Einbezug von Gesundheitswesen, Justiz, Bildungswesen und Jugendhilfe.

Zur Lösung dieser Probleme braucht es einen breiten politischen Willen, das vorhaltende Schutz- und Unterstützungssystem auf eine für alle beteiligten Ebenen verbindliche Rechtsgrundlage zu stellen. Nur unter diesen Bedingungen sind die Voraussetzungen für eine Weiterentwicklung neuer Konzepte gewährleistet.

Vorsitzende Daniela Jansen: Frau Boye Toledo und Frau Wälter stecken leider noch im Verkehr fest. Insofern müssen wir leider auf ihre mündlichen Ausführungen verzichten. Wir haben aber die schriftliche Stellungnahme vorliegen und können die berücksichtigen.

Ich eröffne jetzt die erste Fragerunde der Abgeordneten.

Gerda Kieninger (SPD): Erst einmal möchte ich mich ganz herzlich für die Stellungnahmen bedanken. Ich fand sie äußerst interessant, auch inwieweit sich die Szene mit dem Thema auseinandergesetzt hat. Herzlichen Dank dafür, auch dass Sie heute hier sind und uns für Fragen und Antworten zur Verfügung stehen.

Die Überschrift lautet ja nun tatsächlich „Oranje Huis – auch ein Konzept für NRW?“. Auch für uns sind da ganz große Fragezeichen.

Es handelt sich ja um einen Paradigmenwechsel, den wir damit in Nordrhein-Westfalen im Bereich des Gewaltschutzkonzeptes vornehmen würden. Gleichwohl glaube ich, dass man sehr wohl darüber nachdenken muss, Gutes anderer Konzepte in Nordrhein-Westfalen zu übernehmen.

Sie haben recht, wenn Sie über die Finanzierung klagen. Auch das sehen wir immer wieder als großes Problem, weil es eine freiwillige Aufgabe ist. Je nachdem, wie die Kommune aufgestellt ist, treten immer wieder Probleme auf. Gleichwohl, glaube ich, muss man darüber nachdenken, wie man auch den Blick nach vorne richtet.

Meine erste Frage richtet sich an Frau Röhr. Ich finde an dem Konzept besonders interessant, dass es in der Öffentlichkeit sichtbar wird und damit auch ein öffentlicher Prozess über Gewalt an Frauen wieder neu in Gang gesetzt wird. Sie haben es ganz ausgeschlossen und ich weiß, dass wir Frauenhäuser brauchen, die gut geschützt und nicht bekannt sind. Aber um den öffentlichen Prozess in Gang zu setzen, würde ich das doch an der einen oder anderen Stelle für ganz interessant halten. Dazu hätte ich gerne Ihre Meinung gehört.

Frau Hallenga, Sie haben ein Risikoscreening entwickelt. Dazu würde ich gerne Genaueres hören, und auch, wie sicher ein solches Screening sein kann.

Von Frau Gronen kam die Aussage, wir müssten das in den Köpfen weiterentwickeln. Ich glaube, dafür wäre solch ein öffentlicher Bereich hilfreich, um in der Bevölkerung das Augenmerk wieder darauf zu richten, dass es Gewalt an Frauen gibt – nicht zu gering in diesem Land – und dass wir das öffentlich ächten müssen. Dafür brauchen wir Öffentlichkeit. Daher, denke ich, passt das nicht nur für die Niederlande, so wie Sie es gesagt haben. Vielmehr müssten wir auch in gewachsenen Strukturen schauen, ob wir so etwas nicht einbauen können. Das finde ich ganz wichtig.

Frau Becker und Frau Pallmann, Sie machen sich ja auf den Weg, einmal als Diakonisches Werk und einmal als Paritätäten. Sie bekommen diese Projekte von unterschiedlichen Fördergebern gefördert, jeweils für drei Jahre. Ich finde es sehr spannend, dass Sie sich da schon auf den Weg machen.

Ich hätte gerne ein bisschen mehr dazu gehört, ob das eine Eins-zu-eins-Übertragung ist. Das kann ich mir gar nicht vorstellen. Wir haben ja andere Bedürfnisse. Ich wüsste gerne jeweils – weil es zwei unterschiedliche Trägerformen sind –, wie Sie das machen.

An der Stelle interessiert mich ganz besonders stark die Vernetzung und Kooperation nicht nur in dem Bereich der Frauenberatung und Frauenhilfeszene, sondern auch die Vernetzung und Kooperation in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Umfeldes.

Das sind meine Fragen. – Herzlichen Dank.

Josefine Paul (GRÜNE): Von mir zunächst einmal herzlichen Dank für die sehr ausführlichen und sehr differenzierten Stellungnahmen. Ich glaube, dass das sehr gut abbildet, wo wir miteinander in der Diskussion stehen, aber eben auch, wo die Herausforderungen und Chancen sind beziehungsweise wo die systematischen Schwierigkeiten liegen.

Ich finde sehr spannend und mutig, dass Sie, Frau Becker, Frau Stock, Frau Pallmann, konkret versuchen, etwas auf den Weg zu bringen. Sie haben auch gesagt, es sei unter den finanziellen Bedingungen nicht ganz einfach. Angesichts dieser Gegebenheiten kann ich auch die teilweise vorherrschende Skepsis sehr gut nachvollziehen und die Einlassungen, die dazu gemacht worden sind.

Ich möchte noch einmal explizit auf den Bereich der Vernetzung in seinen unterschiedlichen Aspekten eingehen.

Zum einen kann ich an Frau Kieninger anschließen und richte meine erste Frage auch an Sie drei, Frau Becker, Frau Stock und Frau Pallmann. Welche Netzwerkpartner sind denn nötig, sowohl was andere Beratungsstrukturen, aber vielleicht auch politische Strukturen angeht, um die systemische Arbeit, auch unter Einbeziehung von Familienberatung, voranzutreiben, aber auch für Konzepte des Empowerments für Frauen und Kinder, um Drehtüreffekte zu vermeiden?

Meinen zweiten Punkt möchte ich als Fragestellung an Frau Röhr richten. Das Orange Huis hat das Ganze ja sozusagen als eine Konzeptionierung unter einem Dach. Wir haben auch schon mehrfach richtigerweise gehört, dass wir in NRW eine andere gewachsene Struktur haben. Ist denn aus Ihrer Sicht ein solcher vernetzter Ansatz nur unter einem Dach möglich? Oder könnten wir für NRW durchaus andere vernetzte Modelle finden, bei denen die gewachsenen Strukturen ihr Know-how jeweils einbringen können?

Ich weiß nicht, an wen ich meine letzte Frage zur Vernetzung richten soll, da der Vertreter der Männerberatung leider nicht da ist. Ich finde aber, dass das ein ganz, ganz wichtiger Bereich in diesem Zusammenhang ist. Mich würde interessieren, auf welche Netzwerke und Strukturen der Männerarbeit und der Männerberatung wir eigentlich in Nordrhein-Westfalen zurückgreifen können und wo da unter Umständen Weiterentwicklungspotenziale und -notwendigkeiten bestehen.

Das wären meine Fragen. – Vielen Dank.

Regina van Dinther (CDU): Meine erste Frage, ob es neben der AWO noch weitere Träger gibt, die sich mit neuen Modellen auseinandersetzen, hat sich schon erledigt. Das ist die Diakonie. Weitere Träger gibt es nicht? Sind es im Wesentlichen nur die beiden, die das in Nordrhein-Westfalen versuchen?

Ich möchte die Frage stellen, ob nicht auch die Männerarbeit automatisch Arbeit aller Frauenhäuser sein muss, wenn 50 % der Frauen zu ihren Männern zurückgehen. Ich

kann mir überhaupt nicht vorstellen, dass nicht zumindest auch der Kontakt zu diesen Männern in irgendeiner Weise da ist.

Ebenso kann ich mir nicht vorstellen, dass es nicht auch in seit 20 Jahren arbeitenden Frauenhäusern eine ganz normale Vernetzung mit dem Umfeld der Beratungsstellen gibt. Dass das neu sein sollte, mit Erziehungsberatungsstellen und anderen Beratungsstellen zusammenzuarbeiten, kann ich mir überhaupt nicht vorstellen.

Was ich aber immer schon in all den Jahren gelernt habe, ist, dass es tatsächlich für die Verkehrung der Verhaltensnormen dieser gewalttätigen Männer zu wenig Angebote gibt oder vielleicht sogar gar kein Angebot. Ich glaube auch, dass Männer gerade die aufsuchende Struktur überhaupt nicht nutzen, sondern dass man im Gegenteil Männer mit der Nase darauf stoßen muss. Es genügt nicht, darauf zu warten, dass die irgendwann kommen.

Ich glaube trotzdem, dass man da helfen könnte. Ich weiß, dass vor 20 Jahren, ich glaube, im Bergischen Land schon mal ein Frauenhaus da war, das auch aktiv Männerarbeit geleistet hat, unter einem katholischen Träger. Gibt es das in Nordrhein-Westfalen überhaupt nicht mehr?

Vorsitzende Daniela Jansen: Frau van Dinther, würden Sie ein bisschen eingrenzen, an wen sich die Fragen richten? Sie haben keinen konkreten Adressaten benannt.

Regina van Dinther (CDU): Ich habe die gemeint, die die neuen Konzepte ausprobieren wollen. Wenn die anderen etwas zu den Fragen sagen wollen, hätte ich aber auch nichts dagegen.

Susanne Schneider (FDP): Sehr geehrte Damen und Herren! Erst einmal auch vonseiten der FDP-Fraktion ganz herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Aufgrund dieser Ausführungen muss man gar nicht mehr so viele Nachfragen stellen. Das hat mich sehr beeindruckt. Einige Fragen wurden ja auch schon gestellt.

Eine Frage an Frau Becker von der Diakonie hätte ich dennoch. Sie haben unter anderem gesagt, dass man den Personalschlüssel erhöhen müsste, wenn man ein solches Konzept umsetzen wollte. Können Sie schon irgendwelche Zahlen anbieten, wie viel Personal mehr erforderlich wäre?

Vorsitzende Daniela Jansen: Wir treten in die Antwortrunde ein.

Ulrike Röhr (LAG Autonome Frauenhäuser NRW): Ich antworte zunächst auf die Frage von Frau Kieninger. Sie sagten, wir würden dieses Konzept ausschließen. Dem möchte ich widersprechen. Wir schließen dieses Konzept nicht aus. Wir halten es durchaus für bestimmte Zielgruppen unter bestimmten Bedingungen für sinnvoll, aber zum jetzigen Zeitpunkt hat die Umsetzung dieses Konzeptes für uns keine Priorität.

Dann wurde angesprochen, ob sich durch diese öffentliche Sichtbarmachung des Frauenhauses nicht die Scham der Frauen, von Gewalt betroffen zu sein, verringern lässt und den Frauen mehr Sicherheit im Umgang mit der Gewalterfahrung gegeben wird. Ich glaube, das können Sie nicht dadurch bewirken, dass Sie die Adresse öffentlich machen. Dazu gehört schon viel, viel mehr. Wir haben Beratungsstellen, die öffentlich sind. Trotzdem gibt es Frauen, die eine andere Stadt aufsuchen, um ganz klar zu verhindern, dass andere sehen, dass sie eine Beratungsstelle zum Thema „Gewalt“ aufsuchen. Dass dieses Thema schambesetzt ist, ist gesellschaftlich ganz anders begründet. Alleine die Adresse öffentlich zu machen, macht keinen Sinn.

Zur Anonymität: Wenn Frauenhäuser lange an einem Ort sind, transportiert sich die Adresse natürlich. Viele im Umfeld wissen auch, wo das Frauenhaus ist. Trotzdem hat aber die Anonymität immer noch Sinn. Denn das ist im Moment das einzige, das zumindest in der ersten Zeit der Trennung möglich macht, dass die Männer erst später erfahren, in welcher Stadt die Frauen sind und wo genau sich das Frauenhaus in der jeweiligen Stadt befindet. Die Männer, die gleichzeitig Väter der Kinder im Haus sind, werden das sowieso irgendwann erfahren. Aber dadurch erreichen wir gerade in der ersten Zeit der Trennung, die so gefährlich ist, mehr Sicherheit für die Frauen.

Frau Paul, wir haben versucht, zu recherchieren. Wir haben den Eindruck, können es aber nicht mit absoluter Sicherheit sagen, dass in den Niederlanden sehr viel von den Frauenhäusern aus gesteuert wird. Hier haben wir eine andere, differenziertere Unterstützungsstruktur. Darum, finde ich, muss man hier vor allen Dingen regional gucken. Das kann zurzeit in den Regionen auch unterschiedlich sein.

Das hexenHAUS zum Beispiel bietet schon sehr viel unter einem Dach an. In anderen Regionen sind es unterschiedliche Träger.

Aber grundsätzlich – ich glaube, das wurde auch durch die Beiträge der anderen deutlich – brauchen wir mehr Vernetzung und mehr verbindliche Kooperation. Auch das braucht aber Ressourcen, sprich bezahlte Arbeitszeit. Die fehlt uns zurzeit. Insofern denke ich grundsätzlich: Ja, da müsste man dann gegebenenfalls näher hingucken.

Auch für die Männerberatung, also die Täterarbeit, die zurzeit in NRW finanziert wird, wurden erst einmal nur sehr wenig Mittel eingestellt. Das wird nur auf Honorarbasis finanziert. Das heißt, die Männerberatungsstellen können sich dem Thema auch nicht so widmen, dass zum Beispiel eine kontinuierliche Kooperation gewährleistet wird. An dem Punkt sind wir in NRW leider noch lange nicht.

Frau van Dinther, Sie sagen, 50 % der Frauen gingen zurück und daraus folge doch eigentlich, dass wir als Frauenhäuser ohnehin mit den Männern arbeiten müssten.

Erstens stimmt die Zahl nicht. Im Durchschnitt sind es 25 % der Frauen, die zurückgehen. Da muss man auch betrachten, warum die Frauen zurückgehen. Dazu fehlt mir jetzt die Zeit. Ich verweise noch einmal auf unsere Studie über die Bewohnerinnenzufriedenheit. Diese Studie haben wir mitgebracht. Es wäre schön, wenn Sie gleich ein Exemplar dieser Studie mitnehmen und dort hineinschauen würden, wenn Sie Zeit haben. Darin wird noch einmal transparent, welche Faktoren mit dafür ausschlaggebend sind, dass Frauen zurückgehen.

Ich habe es schon gesagt. Unsere Erfahrungen decken sich zum Teil nicht mit denen der Kolleginnen. Wir finden, seit dem Gewaltschutzgesetz kommen viel mehr Frauen mit ausdrücklichem Trennungswunsch in die Frauenhäuser. Denn die Frauen, die früher von der Polizei ins Haus gebracht worden wären, aber sich gar nicht trennen wollten, bleiben jetzt in der Wohnung und der Mann wird der Wohnung verwiesen. Insofern werden diese Frauen viel eher mit den Frauenberatungsstellen in Kontakt kommen. Zu uns – in den Großstädten noch konzentrierter – kommen überwiegend Frauen mit einem Trennungswunsch. Dass sie dann zurückgehen, hat vielfältige Gründe. Diese sind in unserer Stellungnahme auch angerissen.

Vorsitzende Daniela Jansen: Frau Hallenga, an Sie ging die Frage, wie das von Ihnen entwickelte Sicherheitsscreening aussieht.

Etta Hallenga (LAG autonomer Frauen-Notrufe in NRW): Darauf gehe ich gerne ein.

Vorher würde ich aber gerne etwas zu den Fragen sagen, die von den anderen Anwesenden gestellt worden sind, auch zum Thema „Öffentlichkeitsarbeit“.

Ich kann das nur unterstützen. Das Thema „Gewalt gegen Frauen“ ist nicht in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Ich glaube auch nicht, dass sich das dadurch ändert, dass wir ein Frauenhaus orange anmalen oder in einer anderen Farbe. Denn die Frauenberatungsstellen-, Frauennotrufe- und Wildwasseradressen sind öffentlich.

Meine Kolleginnen vom Frauenhaus haben sehr deutlich gemacht, dass ein anderer Finanztopf dahintersteckt. Das macht es aus, dass wir Sachen öffentlich machen können, dass wir das Thema stärker in die Gesellschaft tragen können. Ich sitze jetzt beispielsweise hier und transportiere auch das Thema. Gleichzeitig habe ich heute Morgen noch eine Frau nach Grafenberg bringen müssen. Das ist einfach dieser wahnsinnige Spagat zwischen der Beratung vor Ort und der Öffentlichkeitsarbeit, den wir, die in diesem Bereich tätig sind, machen müssen. Das ist manchmal unheimlich schwer.

Wir haben zum Glück dank des MGEPA auch Gelder zur Verfügung gestellt bekommen, um überhaupt Vernetzung vor Ort betreiben zu können.

Es werden viele neue Konzepte an uns herangetragen. In der Masse, die an uns herangetragen wird, würden wir das auch total gerne umsetzen. Gleichzeitig sehen wir ja selber auch die Arbeit. Das geht zum Teil einfach aufgrund dessen, was uns an Mitteln zur Verfügung gestellt worden ist, nicht.

Ich kenne das aus der Arbeit der Frauenberatungsstelle auch, dass eine vergewaltigte Frau zu mir kommt und sagt: Ach, ich wusste ja gar nicht, dass es hier in Düsseldorf einen Frauen-Notruf gibt. – Uns gibt es aber schon seit über 30 Jahren. Das hat nicht unbedingt etwas damit zu tun. Das hat etwas mit der Öffentlichkeitsarbeit zu tun. Es hat aber auch mit dem Widerstand dieser Gesellschaft etwas zu tun, überhaupt zu sehen, wie wahnsinnig viele Frauen und Mädchen von Gewalt betroffen sind. Diese Zahlen will einfach niemand wahrhaben. Die wollen wir auch selber nicht

wissen. Rein prozentual sind viele von uns, die hier sitzen, auch von Gewalt betroffen, vielleicht nicht direkt, aber indirekt. Wir kennen eine betroffene Frau.

Zum Risikoscreening: Wir haben uns in Düsseldorf natürlich auch wieder die Konzepte angesehen, die es in anderen Ländern gibt, und festgestellt, dass es für uns Beraterinnen manchmal sehr schwierig einzuschätzen ist, wie gefährdet eigentlich eine Frau ist, die zu uns in die Beratung kommt.

Von daher haben wir uns mit den Frauenhäusern zusammengesetzt und geguckt, was es in anderen Ländern gibt. Aufgrund dessen haben wir einen Risikoscreening-Bogen entwickelt, der für uns Beraterinnen innerhalb der kurzen Zeit, die uns zur Verfügung steht, auch irgendwie umsetzbar ist.

Anders als in den Niederlanden ist zum Beispiel bei uns auch wichtig, wie die Beraterin das selber einschätzt. Das sind oft Einschätzungen, die zwischen Beraterin und Klientin konform sind. Aber manchmal weicht die Risikoeinschätzung auch sehr voneinander ab. Eine Frau schätzt sich „rot“ ein, die Beraterin aber würde „grün“ sagen. Es gibt die Möglichkeit, darüber zu sprechen.

Bei der hohen Zahl der Tötungsdelikte nach Trennung bei Frauen, die Gewalt erlebt haben, ist es für uns etwas sehr Entlastendes, wenn wir sagen können, wir hätten die Frau als „Hochrisiko“ eingeschätzt und sie hätte in ein Frauenhaus gehen müssen, aber sie ist nicht gegangen. – Letztendlich entscheidet sie das selber. So können wir als Beraterinnen uns auch absichern.

Diese Sachen sind noch ein bisschen in den Kinderschuhen. Wir müssen gucken, dass das in der Kürze der Zeit auch computermäßig für uns zu handhaben ist. Wir werden darüber auf jeden Fall weiter berichten.

Vorsitzende Daniela Jansen: Vielen Dank, Frau Hallenga.

Wir verstehen, glaube ich, alle Ihre hohe emotionale Betroffenheit bei diesen Themen. Dennoch möchte ich Sie alle bitten, vorrangig auf die Fragen zu antworten. Denn eine quasi zweite Runde mit Stellungnahmen zu allen Fragen aller Abgeordneten sprengt etwas den Rahmen.

Frau Gronen, die nächste Frage ging an Sie, Stichwort öffentliche Wahrnehmung des Themas „Gewalt an Frauen“.

Janne Gronen (Dachverband der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e. V.): Ich denke, es ist ganz wichtig, das in den Köpfen weiterzuentwickeln. Aber wie wir wissen, ist das ja ein sehr, sehr langfristiger Prozess. Frauenberatungsstellen beispielsweise machen das neben ihrer originären Arbeit immer schon, dass dieses Thema in vielfältiger Weise nach außen gebracht wird.

Wir könnten uns aber auch sehr gut vorstellen, dass es – wie auch immer das finanziert würde – ähnlich wie zum Thema „Sucht“ regelmäßig in Schulen Wochen gibt, in denen sich exklusiv mit diesem Thema ganz intensiv auseinandergesetzt wird, dass es Themenwochen oder ähnliches gibt, bei denen bereits in den Schulen zum Thema „häusliche Gewalt“ und „Gewalt gegen Frauen“ gearbeitet würde.

Das ist sicherlich nichts Kurzfristiges, sondern etwas, wo man auf ganz vielen Ebenen arbeiten muss. Filme oder Ausstellungen bringen ganz viel. Frauen sollen sich dadurch ermutigt fühlen und mit diesem Thema nicht allein gelassen. Je früher damit angefangen wird, desto besser. Schule ist für uns vom Gedanken her schon das Mittel der Wahl.

Vorsitzende Daniela Jansen: Wir haben als Nächstes die Damen Becker, Pallmann und Stock – meistens zusammen angesprochen – zu verschiedenen Aspekten. Vielleicht können Sie das im Zusammenhang beantworten.

Iris Pallmann (Der Paritätische NRW): Nicht nur die Diakonie, sondern auch Der Paritätische, nicht die AWO, haben sich auf den Weg gemacht.

Sie haben gerade nach dem Personalschlüssel gefragt. Vor kurzer Zeit wurden die bundesweiten Standards des Paritätischen veröffentlicht. Darin sind Angaben enthalten. Das hatte ich auch an alle frauenpolitischen Sprecherinnen verschickt. Da ist auch noch einmal groß aufgelistet, welche Vernetzungspartner notwendig sind.

Der Paritätische hält auch keine Eins-zu-eins-Umsetzung für möglich. Zum einen hat das etwas mit der Finanzierung zu tun. Zum anderen haben wir auch bestimmte Kritikpunkte an dem Konzept.

Wir kritisieren auch, dass im Oranje Huis die Täter generell mit einbezogen werden. Aus unserer Sicht ist das nicht notwendig beziehungsweise wir möchten das nicht, weil das immer noch auf der Basis der Freiwilligkeit der Frauen beruhen sollte. Das hat auch mit dem Ansatz der Parteilichkeit zu tun.

Vernetzung und Kooperation sind sehr notwendig. Aber die notwendige Voraussetzung ist, dass es verlässliche und verbindliche Kooperationsstrukturen gibt, dass die also auch festgeschrieben werden. Natürlich haben Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser seit mehreren Jahren Kooperationspartner. Es ist trotzdem ganz notwendig – das sieht man ja auch in den Niederlanden –, dass es verbindliche Kooperationen gibt.

Wir möchten nicht, dass die Frauenhausmitarbeiterinnen oder Frauenberatungsstellenmitarbeiterinnen Interventionsarbeit bei den Tätern machen. Sie sollen sich nur auf die Frauen beziehen. Aber es besteht natürlich die Möglichkeit, dass man an anderen Orten Tätereinrichtungen mit einbezieht, dass es Kooperationen zwischen Tätereinrichtungen und dem Frauenhilfesystem gibt, die verbindlich sind.

Frau Paul hatte nach dem Empowerment gefragt. Die Stabilisierung und das Empowerment der Frauen sind natürlich auch Bestandteil des Konzeptes.

Miriam Stock (hexenHAUS Espelkamp): Ich melde mich zu zwei Fragen zu Wort.

Zur Eins-zu-eins-Übernahme: Es ist, glaube ich, generell deutlich geworden, dass es nicht der Weisheit letzter Schluss sein kann, zu sagen: Liebes Oranje Huis, gibt mal Dein Konzept, wir machen das hier jetzt auch.

Das hat zwei Gründe. Das Konzept des Oranje Huis hat in den Niederlanden nicht annähernd so viel Wirbel ausgelöst wie bei uns in Deutschland. Die Niederländerinnen springen gerade auf einen Zug auf und wollen ihr Konzept verkaufen. Da geht es ganz klar auch ums Verkaufen. Ich glaube, dass wir davon nichts haben. Es ist ganz intensive Arbeit.

In den Prozess sind das Frauenforum Unna und auch das hexenHAUS mit dem Paritätischen gemeinsam gegangen, dieses Konzept wirklich in Einzelteilen zu sezieren und zu gucken, was wir davon gebrauchen können und was nicht. Daraus ist ein für uns sinniges Konzept entstanden. Das muss aber auch noch erprobt werden.

Die zweite Frage betraf das Thema „Vernetzungspartner“. Auch da haben wir uns auf den Weg gemacht. Dank der schon angesprochenen Vernetzungsgelder des MGE-PA haben wir die Möglichkeit gehabt, einen wirklich fundierten Netzwerktag auf die Beine zu stellen. Dazu haben wir ganz breit das Jugendamt, die Polizei, Sozialämter, Pro Arbeit, Beratungsstellen und den Gesundheitsbereich eingeladen. Ich glaube, aufgrund der Vielfalt der Themen, die die Frauen mitbringen, ist genau diese breite Aufstellung von Netzwerkpartnerinnen total wichtig.

Um die Polizei kommen wir als Frauenhaus oder Beratungsstelle garantiert nicht drum herum. Aber es gibt noch so viele andere, die wir mit im Boot haben müssen. Bei denen macht das vielleicht auch nur einen kleinen Teil aus. Dazu gehören zum Beispiel Schulen und Kindergärten.

Dahinter steckt ein wahnsinniger Wust an Arbeit. Wir haben das erlebt. Wir haben mit dem Gesundheitsamt, dem Jugendamt und der Polizei Kooperationsgespräche geführt und uns gewünscht, dass bestimmte Ergebnisse verbindlich dabei herauskommen. Das hat nicht an allen Stellen geklappt. Es ist aber absolut notwendig und auch eine Voraussetzung, um neue Konzepte auf den Weg bringen zu können.

Andrea Becker (Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e. V.): Ich möchte ein paar Sätze zu unserem Konzept sagen, weil Sie, Frau Kieninger, danach gefragt haben.

Wir haben uns vor ein paar Jahren auf den Weg gemacht und wollten wirklich große Teile des Oranje Huis in einer Konzeption umsetzen, sind aber dann an der Finanzierung gescheitert. Denn die beiden Frauenhäuser der Diakonie im Kreis Recklinghausen in Herten und in Datteln sind nicht in der Landesförderung. Somit haben wir nur zwei Planstellen pro Frauenhaus. Ganz klar war: Es muss sich personalmäßig – besonders für uns – etwas ändern, um so etwas umsetzen zu können.

Wir waren aber von den Inhalten – besonders den systemischen Ansätzen dieses Konzeptes – so begeistert, dass wir gesagt haben, wir wollen eine Zwischenlösung finden. Wir haben uns dann auf diese externe Beratungsstelle geeinigt.

In Zukunft haben wir vor, dass die Frauen und die Kinder weiter in den Frauenhäusern begleitet werden und alle Mitarbeiterinnen in unseren Frauenhäusern systemisch ausgebildet werden, um diese Arbeit machen zu können.

Die externe Beratungsstelle befindet sich zwischen unseren beiden Frauenhäusern, aber in einer anderen Stadt. Die anderthalb Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dort

sitzen, werden das Familiensystem zusammenführen, aber immer nach dem Willen der Frau. Wir machen im Gegensatz zum Oranje Huis nichts, was die Frau nicht will.

Wir haben eine Kooperation mit einer Täterunterstützungseinrichtung der Caritas getroffen: Echte Männer reden. – Dort bekommen die Männer eine langfristige Einzelbegleitung. Wir führen in dieser externen Beratungsstelle Motivationsgespräche mit den Männern, um sie für „Echte Männer reden“ zu motivieren. Die Kolleginnen in den Frauenhäusern üben da Motivationsgespräche. Wenn alles erst einmal so eingestiegt ist, dann geht es darum, das Familiensystem an einen Tisch zu bringen.

Wir halten auch nicht viel von dieser aufsuchenden Struktur gerade in der Täterarbeit, weil uns wichtig ist, die Krise als Chance zu sehen. Wenn die Frau erst einmal in einem Frauenhaus ist, dann befinden sich auch die Männer in einer Krise. Das ist nach unserer Meinung die Chance für eine Veränderung. Deshalb werden wir auf die Männer zugehen.

Besonders schwierig an der ganzen Sache ist – wie es die Kollegin gerade sagte –, dass unsere Kolleginnen in den Niederlanden jetzt auf einem Verkaufstrip sind und man von den positiven Sachen, die die schon erarbeitet haben, nicht mehr profitieren kann. Beispielsweise das Risikoscreening müssen wir jetzt selbst erarbeiten. Das macht das Ganze sehr schwierig, ist aber für uns auch eine Herausforderung.

Zum Personalschlüssel: Unsere Frauenhäuser werden, wie gesagt, nicht gefördert. Wir würden auf jeden Fall mindestens die vier Stellen als sinnig ansehen, aber auch noch Stellen, die dazukommen für die Männerarbeit, für den Rundumwachschatz oder für einen Hausmeister, also für alles, was jetzt nicht mit berücksichtigt wird.

Es wurde auch die Frage gestellt, ob die Männerarbeit von Mitarbeitern der Frauenhäuser gemacht werden sollte. Das ist sehr schwierig bei den ganzen Aufgaben, die die Kolleginnen dort haben, und auch wegen des unbekanntes Aufenthaltsorts. Das ist zurzeit so nicht umsetzbar und sollte auch voneinander getrennt werden.

Aber es muss ein Verbindungsglied geben. Wir haben die Kinderunterstützungseinrichtungen. Wir haben die Männer- und Täterunterstützungseinrichtungen und wir haben die Frauenunterstützungseinrichtungen. Aber es gibt keine Verbindungen. Eigentlich sind immer nur zwei an irgendwelchen Prozessen beteiligt. Das sollte ein Ziel sein. Dafür ist eine Netzwerkbildung wirklich von großer Wichtigkeit. Für uns heißt das erst einmal die Täterunterstützungseinrichtungen, Jugendämter und Polizei. Aber das ist, wie gesagt, ein Projekt und muss sich entwickeln.

Es wird evaluiert. Wir werden eine Evaluation durch die Uni Münster bekommen, um nach drei Jahren auch Ergebnisse vorweisen zu können und unseren Wunsch nach Weiterfinanzierung durch irgendwen untermauern zu können.

Vorsitzende Daniela Jansen: Wir kommen zur zweiten Fragerunde.

Gerda Kieninger (SPD): Frau Röhr, erst einmal möchte ich etwas richtigstellen. Ich hatte nicht gemeint, dass es dabei um die Frauen geht. Mein Anliegen ist, ob ein bekanntes Frauenhaus die Öffentlichkeit nicht stärker auf dieses große Problem in un-

serer Gesellschaft aufmerksam macht, sodass sich dann auch besser etwas auf den Weg bringen lässt.

Frau Becker, Sie haben angesprochen, dass sie jetzt ein Risikoscreening entwickeln müssen, was wieder viel Arbeit macht. Ich denke immer wieder: Warum kriegen wir es nicht hin, die Akteurinnen in dem Bereich so gut zu vernetzen, dass sie voneinander profitieren können? Warum müssen wir das Rad jedes Mal neu erfinden?

Frau Hallenga hat gerade berichtet, in Düsseldorf sei so etwas entwickelt worden. Können wir es nicht durch eine Vernetzung schaffen, von guten Ideen zu profitieren? Das wäre mir ein großes Anliegen. Ob das möglich ist, muss man sehen. Aber wir kämen vielleicht schneller voran, wenn wir das untereinander nutzen würden.

Frau Pallmann, Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, bei diesen zwei Projekten, die Sie auf den Weg bringen, wäre es gut, eine wissenschaftliche Begleitung zu haben, die Sie aber nicht haben. Wir wissen alle, dass für diesen Bereich in den Niederlanden bisher keine konkreten Ergebnisse und Erkenntnisse vorliegen. Wenn ein Projekt über drei Jahre läuft und eine wissenschaftliche Begleitung hätte, hätte das natürlich den Charme, dass man daraus Erkenntnisse gewinnen könnte. Wie schätzen Sie es ein, noch zu einer wissenschaftlichen Begleitung zu kommen?

Josefine Paul (GRÜNE): Ich meine auch, dass Evaluation und eine wissenschaftliche Begleitung durchaus wichtig sind, gerade wenn wir darüber diskutieren, dass wir noch keine validen Erkenntnisse über die Wirksamkeit und die Passgenauigkeit der Angebote des Oranje Huis haben. Dazu wären valide Ergebnisse auch wünschenswert.

Frau Gronen, Sie sagten, dass es sehr wichtig wäre, möglichst früh mit Kindern zu arbeiten, also auch schon präventiv in Schulen und Kindertagesstätten. Haben Sie Erkenntnisse, ob das in den Niederlanden besser umgesetzt wird als wir das in Nordrhein-Westfalen machen?

An die Vertreterinnen der Frauenhäuser: Gibt es aus Ihrer Sicht Unterschiede in der Arbeit mit Kindern im Konzept des Oranje Huis? Könnten wir uns da weiterentwickeln?

Walter Kern (CDU): Ich möchte mich erst einmal auch für Ihre Arbeit bedanken. Die Stellungnahmen zeigen, wie wichtig diese Arbeit ist.

Frau Röhr, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie unsere Fallzahlen mit denen der Niederlande verglichen haben. Ich glaube, aus Ihrem Wortbeitrag herausgehört zu haben, Sie könnten sich zurzeit nicht weiterentwickeln, weil die Ressourcen fehlen. Habe ich das richtig verstanden?

Frau Hallenga, in den Niederlanden haben wir die Geheimhaltung. Ich war selbst im Haus. Das hat mich sehr beeindruckt. Ist die Anonymität, die wir in Nordrhein-Westfalen aus Tradition haben, noch zeitgemäß? Wenn hier von Vernetzung gesprochen wird, ist das ja eher ein Hinweis darauf, dass wir bündeln müssen.

Mich hat es sehr beeindruckt, dass es in den Niederlanden bei 1 Million Einwohnern weniger als in Nordrhein-Westfalen auch vier Männerhäuser gibt. Gewalt gegen Männer ist heute nicht das Thema. Aber damit müssen wir uns im Land sicherlich auch einmal auseinandersetzen.

NRW hat niedrigere Fallzahlen als Holland, hat Frau Röhr ausgeführt. Ist der tatsächliche Bedarf, den wir heute haben, durch die Leistung gedeckt? Das muss uns politisch interessieren.

Frau Pelkmann, Sie sprachen davon, dass die Komm-Struktur nicht so gut ist. Müssen wir nicht auch viel mehr ambulant arbeiten und nicht nur stationär?

Vorsitzende Daniela Jansen: Wir kommen zur zweiten Antwortrunde.

Iris Pallmann (Der Paritätische NRW): Natürlich sehen wir die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Begleitung. Natürlich ist das aber auch ein finanzieller Aspekt. Wir sind sehr zuversichtlich. Falls es nicht klappen sollte, werden wir aber auf jeden Fall versuchen, minimal intern zu evaluieren. Erst einmal sind wir aber noch sehr zuversichtlich, was die Übernahme der Kosten betrifft.

Janne Gronen (Dachverband der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e. V.): Ich habe gerade Rücksprache gehalten. Die Kinder bekommen dort ein eigenes Angebot. Das ist auf der Grundlage der Studie von Frau Dr. Schröttle sehr sinnvoll. Die Studie hat ergeben, dass das größte Risiko, im späteren Leben Opfer oder Täter von Gewalt zu werden, dann besteht, wenn man als Kind selbst Gewalt erlebt hat. Insofern ist es ein ganz wichtiger Punkt, die Kinder mehr in den Blick zu nehmen, auch noch früher als in der Schule.

Ulrike Röhr (LAG Autonomer Frauenhäuser NRW): Grundsätzlich weiß ich auch nicht detailliert, wie die Niederländerinnen, speziell im Oranje Huis, mit den Kindern arbeiten. Wie gesagt, die Kinder werden natürlich auch bei der Familienberatung mit einbezogen. Insofern ist es eine andere Arbeit.

Inwieweit aber die Kinder hier in den Häusern unterstützt werden und wie kompetent und wie umfangreich die Arbeit in den Frauenhäusern in Nordrhein-Westfalen mit den Kindern stattfindet, ist regional sehr unterschiedlich. Mit einer Erzieherinnenstelle, die zu 70 % vom Land gefördert wird, können die keine gute Arbeit mit den Kindern in den Häusern machen. Das hängt im Wesentlichen davon ab, wie regional zu finanziert wird.

Das steht auch in unserer Stellungnahme. Das ist leider sehr, sehr unterschiedlich. Auch die Qualität der Angebote in den Häusern ist sehr unterschiedlich. Insofern ist auch die Aufenthaltsdauer in den Häusern sehr unterschiedlich. Wie viele Frauen zurückgehen, hängt auch davon ab.

Hier herrscht dringender Bedarf, zumindest landesweit einen Mindeststandard zu bekommen. Es kann ja nicht sein, dass wir vielleicht zukünftig Oranje-Häuser haben, die gut ausgestattet sind, aber die hochgefährdeten Frauen gehen in die schlecht

ausgestatten Häuser in den umliegenden Regionen. Das wäre fatal und darf nicht passieren. Ich finde, da muss das Land gegensteuern.

Andrea Becker (Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e. V.): Frau Kieninger, selbstverständlich ist das nicht etwas, was wir in Düsseldorf entwickeln und das dann nur bei uns bleibt. Dafür nutzen wir auch die Vernetzungsstrukturen.

Es ist aber auch erst einmal sinnvoll, so etwas vor Ort mit den jeweiligen Kooperationspartnern und -partnerinnen anzufangen und zu entwickeln. Dazu gehört unter anderem die Polizei. Wenn das erprobt worden ist, kann man das entsprechend weiterleiten.

Ich glaube, mit allen Frauenhäusern zur gleichen Zeit so etwas anzufangen und mit allen Frauenberatungsstellen und mit allen Polizeidienststellen vor Ort gleichermaßen zum gleichen Zeitpunkt anzufangen, bringt ein größeres Chaos als einmal anzufangen und das dann in die Fläche zu bringen. Dazu sind wir auch recht gut vernetzt.

Ulrike Röhr (LAG Autonomer Frauenhäuser NRW): Herr Kern, natürlich findet auch jetzt schon Weiterentwicklung statt. Es hat in den letzten 30 Jahren permanent Weiterentwicklung stattgefunden. Die Frage habe ich zum Teil aber auch schon beantwortet. Die Weiterentwicklung, die vor Ort stattfindet, klappt sehr auseinander und ist sehr davon abhängig, wie individuell vor Ort gerade die Defizite oder Ziele definiert werden. Das ist sehr geprägt von der subjektiven Wahrnehmung vor Ort, weil wir da kein Gesamtkonzept auf Landesebene haben. Das ist auch beeinflusst durch die Finanzierungsmöglichkeiten. Es gibt vielleicht Möglichkeiten der Finanzierung eines Oranje Huis. Also machen wir ein Oranje Huis. Ich will gar nicht in Abrede stellen, dass das Sinn machen kann. Aber auch das sind Motive, die mit einer Rolle spielen bei diesen Entwicklungen.

Zur Öffnung, was ja auch ein Thema des Oranje Huis ist, kann ich noch sagen: Wir öffnen unser Haus schon seit zehn Jahren für Assistenz, für ergänzende ambulante Hilfen. Wir haben jetzt ein Haus, das rollstuhlgerecht ist. Wir haben uns diesem Bedarf angepasst. Wir haben aber auch räumlich ein sehr, sehr gutes Angebot verglichen mit den meisten anderen Häusern in Nordrhein-Westfalen. Darum können wir auch bestimmte Weiterentwicklungen leisten.

Der Bedarf in NRW ist nicht gedeckt. Das muss man eigentlich nicht diskutieren. Das ist unabhängig von der Frage, was beim Berichtswesen gezählt wird, die Frauen oder die Anrufe. Es rufen ja auch Frauen mehrfach an. Das wird im Vergleich zu den Niederlanden deutlich: Der Bedarf ist nicht gedeckt.

Deutlich wird auch: Je besser unsere Angebote sind und je mehr es uns gelingt, dieses Thema öffentlich zu machen und den Frauen die Scham zu nehmen, desto eher wird der Bedarf auch wachsen. Das heißt, wenn wir damit anfangen, wird der Bedarf chronologisch wachsen.

Vor 20 Jahren hatten wir sehr wenige Migrantinnen im Haus. Heute erreichen wir Migrantinnen Gott sei Dank sehr gut. Insofern sind natürlich wesentlich mehr Migrantinnen in den Häusern. Das ist eine positive Entwicklung.

Monika Pelkmann (NetzwerkBüro Frauen und Mädchen mit Behinderung/chronischer Erkrankung NRW): Thema „ambulant/stationär“: Es ist wahrscheinlich plausibel, dass Frauen mit Behinderung einfach Zugangsprobleme haben. Sie glauben gar nicht, welche Vielfalt von kreativen Ad-hoc-Lösungen es gibt. Wir sind beispielsweise mit Frauenberatungsstellen in Münster gut vernetzt, die nicht barrierefrei sind. Die Frauen kommen dann für ein Beratungsgespräch zu uns. Das sind aber, wie gesagt, Ad-hoc-Lösungen.

Wenn die UN-Inklusionsforderung umgesetzt werden soll, muss das Standard sein.

Es gibt sehr viel Bereitschaft, erst einmal Übergangslösungen zu schaffen. Auf lange Sicht ist das aber natürlich keine Gleichbehandlung.

Gertrud Servos (NetzwerkBüro Frauen und Mädchen mit Behinderung/chronischer Erkrankung NRW): Ich würde gerne ergänzen, dass es unterschiedliche Formen der Beeinträchtigung gibt und dass es von daher auch unterschiedliche Unterstützungsformen geben muss.

Ich denke an die Situation, dass eine sehr häufig von Gewalt betroffene gehörlose Frau Unterstützung braucht. Dann muss erst ein Gebärdensprachdolmetscher/eine Gebärdensprachdolmetscherin hinzugezogen werden. Die sind nicht im Pool vorhanden. Dadurch verzögert sich das Hilfeangebot. Von daher sind die Frauen und Mädchen mit Beeinträchtigung um ein Vielfaches benachteiligt.

So gut wie das in Münster gelingt, weil das Netzwerkbüro barrierefrei ist, ist es in anderen Städten nicht. Dort ist es so, dass dann beispielsweise Räume beim Kinderschutzbund gesucht werden. Diese sensiblen Gespräche kann man ja nicht im Café führen. Die Frauen und Mädchen wollen auch zu Recht nicht, dass man die Gespräche bei ihnen zu Hause führt, weil das ihre Intimsphäre verletzt.

Dazu muss man auch bedenken, dass ein Großteil der Frauen, die von Gewalt betroffen sind, in Einrichtungen lebt, die zwar vom Gesetz her als „Zuhause“ gelten und auch unter dem Aspekt häuslicher Gewalt betrachtet werden können. Es gibt dort aber wenig Möglichkeiten, ein Gespräch in einem geschützten Raum und in Anonymität zu führen.

Das macht deutlich, dass unterschiedliche Unterstützungsangebote notwendig sind.

Mir wäre es ganz wichtig, auf die Kinder- und Jugendarbeit einzugehen. Das weiß ich aus meiner beruflichen Tätigkeit: Es ist auch wichtig, die Jugendgerichtshilfe einzubeziehen, denn viele Täterinnen und Täter sind als Kind Opfer gewesen. Wenn wir rechtzeitig Präventionsmaßnahmen installieren und es gelingt, ein Leben mit und ohne Beeinträchtigung in der Gesellschaft als normal zu erleben, werden sich bestimmte Formen von Gewalt reduzieren.

Iris Pallmann (Der Paritätische NRW): Ich möchte auf Frau Hallenga und Frau Röhr eingehen und etwas richtigstellen. Wir wollen natürlich nicht an zwei Standorten ein Oranje Huis umsetzen, sondern wir haben geguckt, wo die Bedarfe sind. Wir sehen das als Erweiterung. Das ist keine Eins-zu-eins-Umsetzung. Die Übertragbarkeit

besteht nicht für alle Zielgruppen. Es muss natürlich weiter andere Häuser geben. Es soll auch erst einmal erprobt werden, ob das überhaupt möglich ist.

Vorsitzende Daniela Jansen: Gibt es noch Fragen? – Das ist nicht der Fall. Dann sind wir am Ende der Anhörung. Ich bedanke mich herzlich bei den Sachverständigen für die Unterstützung bei unseren Beratungen zum Schwerpunktthema des Ausschusses „Schutz gegen Gewalt“.

gez. Daniela Jansen
Vorsitzende

23.01.2014/03.02.2014

140